JAKOB VON WEIZSÄCKER and ROBERT FENGE

Der Rentengewinn der Generation Enkellos

Die Generation der heute 65jährigen bis 90jährigen hat Deutschland nach dem Krieg aufgebaut, hat Rentenbeiträge gezahlt, viele Kinder und damit heutige Beitragszahler großgezogen. Deshalb reagiert sie mit Empörung, wenn ihr nun aus demographischen Gründen die Rente gekürzt werden soll. Die schon seit den siebziger Jahren anhaltende Kinderlosigkeit hat sie bereits wider Willen zu einer "Generation Enkellos" werden lassen. Daher lautet die reformfeindliche Grundstimmung: Wir haben uns unsere Rente auf Heller und Pfennig verdient!

Dabei wird übersehen, daß die "Generation Enkellos" finanziell von ihrer Enkellosigkeit profitiert. Denn Kinderlosigkeit beschert der Wirtschaft ein Zwischenhoch: Ohne Kinder kann man sich besser auf die Karriere konzentrieren, hat also ein höheres Einkommen und zahlt mehr in die Rentenkasse. Dies führt im Umlageverfahren zu höheren Renten. Der demographische Einbruch der Wirtschaft erfolgt erst später.

Weil dieser Gedanke ungewohnt ist, möchten wir dazu einladen, eine Abschätzung der Größenordnung dieses Effekts selbst nachzuvollziehen. Vorsichtig sei unterstellt, daß das beitragspflichtige Erwerbseinkommen eines Elternpaares um durchschnittlich 8 Prozent je Kind sinkt. Diese Annahme könnte man im Rahmen einer traditionellen Rollenverteilung so interpretieren, daß bei drei Kindern die Mutter etwa die Hälfte ihres Einkommens aufgäbe und bei sechs Kindern die Mutter gar nicht mehr erwerbstätig wäre. Beim derzeitigen Stand von Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland ist diese Annahme also eher optimistisch.

Die Zahl der Kinder je Frau liegt statistisch derzeit bei 1,35. Um die Bevölkerung konstant zu halten, müßte die Fertilität in Deutschland um 0,75 Kinder je Frau höher sein. Dadurch würde das beitragspflichtige Einkommen etwa 6 Prozent (0,75 Kinder mal 8 Prozent pro Kind gleich 6 Prozent) sinken. Wenn man einen konstanten Rentenbeitragssatz voraussetzt, erhöht sich die umlagefinanzierte Rente proportional. Der unverhoffte Rentengewinn der Generation Enkellos betrüge entsprechend etwa 6 Prozent der gesetzlichen Rente.

Was bedeutet diese Einsicht politisch? In Gesprächen waren wir beeindruckt, daß sich so mancher Rentner mit dem Gedanken anfreunden konnte, seinen unverhofften Rentengewinn einer kinderfreundlicheren Politik zur Verfügung zu stellen. Dies wäre effizient, denn ein unverhoffter Gewinn kann verzerrungsfrei besteuert werden. Auch verteilungspolitisch wäre es sinnvoll, denn das Armutsrisiko von Rentnern ist heute viel niedriger als das von Familien mit Kindern.

Der Beitrag der Generation Enkellos sollte im Rahmen eines familienfreundlichen Reformpakets eingefordert werden, das vor allem auf die aktive Generation abzielt. Dabei sollte den heute aktiven Kinderlosen deutlich mehr Eigenvorsorge für ihr Alter abverlangt werden, da sie keine zukünftigen Rentenbeitragszahler großziehen. Gleichzeitig sollten Familien mit Kindern finanziell entlastet werden, und zwar wenn die Kinder noch jung und die Mittel knapp sind. Nicht jeder Vorschlag zur Kinderrente leistet dies.

Mit der Einführung eines "Enkellosigkeitsfaktors" könnte den heutigen Rentnern ein Beitrag zur Entlastung von Familien abverlangt werden. Damit ließe sich das Rentenniveau schrittweise um den errechneten Prozentsatz absenken. Durch eine entsprechende Absenkung des Bundeszuschusses könnte dadurch im Bundeshaushalt mehr Spielraum für familienpolitische Maßnahmen (Geld für Kinderkrippen und anderes) geschaffen werden.

Doch in der politischen Praxis tut sich die Familienpolitik in Budgetverhandlungen schwer, wenn nicht gerade ein einschlägiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt. Deshalb wäre es aus unserer Sicht erwägenswert, die Familienförderung im Rahmen der Rentenversicherung zu organisieren, um sie leichter gegen finanzielle Begehrlichkeiten aus anderen Politikfeldern verteidigen zu können.

Darüber hinaus ist eine stärkere familienpolitische Komponente in der Rentenversicherung auch inhaltlich sinnvoll. Denn schon immer war das Umlageverfahren nicht nur auf pünktliche Beitragszahlungen angewiesen, sondern auch auf Nachwuchs. Wer die Doppelbelastung von Kinderaufzucht und Mitgliedschaft in der renditeschwachen gesetzlichen Rentenversicherung trägt, sollte finanziell entlastet werden.

Konkret schlagen wir einen "Kinderrabatt" vor: Für jedes Kind vom Jahrgang 2007 an erhält jedes Elternteil einen Rabatt von einem Prozentpunkt auf den Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung, und zwar für den Rest des Erwerbslebens. Mit dem Rentenrabatt würden Familien mit höheren Einkommen stärker gefördert als Familien mit niedrigerem Arbeitseinkommen. Erwerbslose Eltern würden gar nicht gefördert. Isoliert betrachtet, wäre dies sozial ungerecht. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die bestehende Kinderförderung berücksichtigt. Bei sehr niedrigen Einkommen hält sie den Konsumabstand zwischen Kinderlosen und Familien klein.

Im gesellschaftlichen Mittelstand hingegen klafft eine große Lücke zwischen dem vergleichsweise üppigen Lebensstil von kinderlosen Doppelverdienern und Mittelstandsfamilien mit drei kleinen Kindern, deren Lebensstil häufig getrost als ärmlich beschrieben werden kann. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß der Mittelstand besonders wenig Kinder hat.

Der Kinderrabatt würde einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, diesen Mißstand zu korrigieren, ohne den bestehenden sozialen Ausgleich zugunsten von armen Familien mit Kindern in Frage zu stellen. Beispielsweise würde die Einführung eines Kinderrabatts für Eltern mit zwei Kindern, die

beide berufstätig sind und jeweils ein monatliches Bruttoeinkommen von 2500 Euro verdienen, eine Entlastung von insgesamt 100 Euro im Monat bedeuten.

Politisch müßte diese Beteiligung der Rentner an der Familienfinanzierung eigentlich durchsetzbar sein. Weil viele Rentner sich tatsächlich eins noch mehr wünschen als mehr Rente: nämlich mehr Enkel...

Robert FENGE ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ifo-Instituts in München.

Jakob VON WEIZSÄCKER ist Fellow am wirtschaftspolitischen Think Tank Bruegel in Brüssel.